

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden.
Telegraphen-Sammelnummer 25 241.
Kurz für Nachdruckpreis: 200 Pf.

Bezugs-Gebühr vom 17.11. bis 23.11. 700 Millionen M. Einzelnummer 120 Millionen M.
Die Einzelnummern werden nach Goldmark berechnet; die einzelpflichtige M. mindestens
Seite 2) 10 Pf., außerhalb Sachsen 20 Pf., Familienanzeigen und Erstausgaben
ohne Rück 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 30 mindestens 100 Pf.
außerhalb Sachsen 20 Pf. Übertragungsgebühr 5 Pf. ausser, West, geg. Vorwandszeitung.

Nachdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattet. — Unterjährige Kinderwerbung nicht aufbewahrt.

Schreinerei und Sammelabholstellen:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Karte 1068 Dresden.

Der Kanzler verteidigt die Reichspolitik.

Eine große politische Rede Dr. Stresemanns vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei — Die Bedeutung der bisherigen Außenpolitik der Reichsregierung: Trennung Frankreichs von den Alliierten — Das Reich wird die Auslieferung des Kronprinzen verweigern — Vertrauensabstimmung des Parteivorstandes mit 206 gegen 11 Stimmen.

Der Reichskanzler verlangt volle Offenheit.

Meldung unserer Berliner Schriftleitung.

Berlin, 18. Nov. Auf einer am Sonntag im Reichstage stattfindenden außerordentlichen Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei besuchte sich Dr. Stresemann mit den Meinungsverschiedenheiten über die von ihm geleitete Politik innerhalb seiner Fraktion und gab zu diesem Zweck auch einen grohangestellten

Überblick über die politische Lage.

Es handelt sich, begann der Reichskanzler, darum, ob meine Politik in meiner eigenen Partei Zustimmung oder Ablehnung finde. Das Weitere hängt davon ab: Entweder ist die Partei mit ihrem Kanzler nicht einverstanden, dann hat er die Konsequenzen zu ziehen, oder aber die Partei steht hinter ihrem Kanzler, dann haben andere die Konsequenzen für ihr Verhalten zu ziehen. Ich lege auch Wert darauf, dass man in voller Offenheit auf beiden Seiten spricht, und dass man dabei alle Fragen berücksichtigt, an denen zum Teil heftige Kritik geübt worden ist. Das die

Ausgabe des passiven Widerstandes

eine Notwendigkeit war, bestreitet niemand. Es besteht nicht die Absicht, den passiven Widerstand bedingungslos abzulehnen. Ich habe vielmehr alles getan, um die Bedingungen durchzusetzen, die auch von meinem Vorgänger aufgestellt worden waren. Aber wenn man Kritik übt und fragt: Worum gelang der Regierung die Durchsetzung ihrer Bedingungen nicht? dann muss man auch fragen: Welche Mittel standen der Regierung zur Verfügung? (Lebh. Just.) Machtmittel gab es nicht, und die ideale Widerstandskraft war nicht von unbegrenzter Dauer. Ein zweiter Punkt, der in Betracht kommt, sind unsere

Verhandlungen mit Frankreich.

Man hat gesagt, diese Verhandlungen seien von vornherein aussichtslos gewesen. Es gibt Verhandlungen, die man führen muss, auch wenn man fürchtet, dass sie keine Aussicht bieten. Deshalb musste versucht werden, ob es mit Frankreich zu einer Lösung kommen sollte oder nicht, und mich dünkt, dass es falsch ist, von einem außenpolitischen Misserfolg zu sprechen.

Alle unsere Maßnahmen politischer und diplomatischer Natur haben doch dazu beigetragen, dass in dem zielbemerkten Zusammenwirken der beiden angeständlichen Mächte, in der Trennung Italiens von seinem Nachbar und in dem Schwanken Belgien eine Lage für Frankreich eingetreten ist, die dieses Land auf die Dauer nicht wird tragen können.

Die Bedeutung der Entwicklung liegt für uns darin, dass sie vielleicht einen neuen europäischen Gleichgewichtszustand einstellt. Diese Bedeutung bleibt bestehen, auch wenn die nächste Folge in weiteren Gewaltakten Frankreichs besteht. Für uns hat sich zwar die Lage praktisch zunächst nicht geändert.

Ich kann keine Hoffnungen machen, dass es in Deutschland in der nächsten Zeit besser werden wird. Wir stehen vor einem furchtbaren Kriegs-

Winkel.

Ich kann leider heute nicht Politik auf lange Sicht machen, weil man gar nicht weiß, wie die Entwicklung auch nur der nächsten Zeit sein wird.

Wie stehen nun die Dinge?

an Rhein und Ruhr?

Frankreich hat sie dahin getrieben, dass die wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Industriellen nicht zum Abschluss gekommen sind. Infolgedessen sind wir gegenüber dem besetzten Gebiete in einer außerordentlich schweren Lage. Wir stehen vor der Tatsache, dass wir Rhein und Ruhr nicht mehr finanzieren können, ohne dass das ganze Reich zusammenbricht. Man macht sich in der Hessenlichkeit noch nicht die richtige Vorstellung davon, dass wir unter einer inländischen Finanzkontrolle stehen, nämlich der der Rentenbank. Mit den Krediten, die wir von dieser Seite bekommen, müssen wir unbedingt auskommen. Das letzte Gebiet braucht für 10 bis 14 Tage etwa 100 Millionen Goldmark. Unser Kredit würde also, wenn wir auch nur wenige Wochen weiterzahlen wollten, bald erschöpft sein, und damit wäre alles verloren, was wir mit der Rentenmark erreichen wollten.

Wir sind uns gewiss darüber klar, dass das besetzte Gebiet in eine furchtbare Lage kommen wird.

Deshalb haben wir auch versucht, wenn irgend möglich, zu einer Verständigung zu kommen, und wir haben uns bereit erklärt, der Industrie gegenüber eine Garantie für die Abmachungen zu übernehmen, die sie mit Frankreich treffen würde. Wir haben uns bereit erklärt, ihr die Auslagen nach der Befriedung unserer Finanzen wieder zurückzustatten, und ihre Zahlungen auf Steuerkonten gutzuschreiben. Die Verhandlungen, die sie geführt hat, sind mit dem Einverständnis der Regierung geführt worden. Sie sind

gescheitert, weil Frankreich die Kohlelieferungen nicht unter einem Reparationskonto guksam schreiben, sondern für andere Verpflichtungen Deutschlands anrechnen wollte. Wie die Dinge liegen, konnte in dieser Forderung nur der Verlust liegen, uns dazu zu zwingen, den Einbruch in das Ruhrgebiet als legal anzusehen, und uns mit den Kosten dieses Ruhrbruches zu belasten. Wir haben deshalb erklärt, dass wir diese Forderungen unbedingt ablehnen. (Lebh. Just.) Die Vertreter der Industrie haben demgemäß geantwortet. Die Entscheidung, die wir haben treffen müssen, ist unendlich schwer. Trotzdem haben wir sie treffen müssen, weil wir ein nationales Grundrecht Deutschlands nicht preisgeben durften. Auf

die Währungsfrage

übergehend, erklärte der Kanzler, er sei der Ansicht, dass der Billionenkurs, zu dem wir gelangt sind, die Folge eines automatischen Prozesses ist. Man hat die höchsten Vorwürfe erhoben, dass die Durchführung der weitbeständigen Währung so lange gedauert hat. Tatsächlich möchte ich hier vorwählen, dass die Einführung der wertbeständigen Währung so lange gedauert hat, Tempehöher möglicherweise zu verhindern, dass die Einführung der wertbeständigen Währung ihre besonderen Gefahren hätte, so lange der passive Widerstand noch im Gange war. Bei den Ausgaben, die wir während dieser Zeit hatten, wäre das wertbeständige Geld in kürzerer Zeit verbraucht worden. Damals brauchten wir noch das Papiergeld. (Lebh. Just.) Wenn es gelungen ist, unter den denkbaren schwierigsten Umständen die soziale Ruhe und Ordnung in Berlin und im Reich aufrecht zu erhalten und den Ausbruch einer sozialen Revolution zu verhindern, so sehe ich den Beweis dafür, dass unsere Maßnahmen richtig gewesen sind. (Lebh. Just.)

die bayerische und die sächsische Frage

am meisten beschäftigt. Dass es gelungen ist, die Lösung der sächsischen Frage unter Zustimmung der sozialdemokratischen Minister in Angriff zu nehmen, war die Folge einer Politik, die man doch wohl nicht als eine falsche bezeichnen kann. Die Regierung konnte dies eingreifen, als die Dinge dazu reif geworden waren. In der Hessentheorie hat man es leicht, zu sagen: Ach, dieser Feind! Für die Regierung aber war es Ministerpräsident eines Landes, und es wäre gefährlich, wenn die Reichsregierung sich auf den Standpunkt stellen wollte, sie könne sich belieben gegen eine Landesregierung vorsehen. Um die Grenze zu wahren, wurde im Kabinett Wert darauf gelegt, dass das Einschreiten gegen Sachsen nicht als eine militärische Aktion aufzufassen sei, sondern dass der Reichskanzler die Verantwortung dafür übernehme und habe mir die Folgen sehr genau überlegen müssen. Es wäre in Deutschland gefährlich, wenn man den Bogen des Zentralismus überspannen wollte. Was dann in Sachsen nach dem Sturz Beimanns geschah, entzog sich der Kompetenz der Reichsregierung. Ich bin gestraft worden, ob das Reichskabinett die neue sozialistisch gebildete sächsische Regierung als verfassungsmäßig anerkennen werde. Ich habe diese Frage selbstverständlich bejaht müssen. Die Neubildung der sächsischen Regierung war Sache der sächsischen Landtagsfraktionen. Was

die Zustände in Bayern

anlangt, so erhielt man von der Linken her den Vorwurf, es sei mit ungemeinem Nachdruck gemacht worden. Diese Behauptung trifft nicht das Richtige. Bis zum 9. November lagen die Dinge in Sachsen und Bayern nicht gleich. In Bayern waren Leben und Eigentum nicht bedroht. Der Kampf spielte sich in Bayern auf dem Gebiete bundesstaatlicher Forderungen gegenüber der Zentralgewalt ab, ohne dass dabei die Notwendigkeit eines direkten Konflikts vorlag oder sich erkennen ließ. Dass Bayern im alten Reichsvertrage hatte, was Bismarcks Politik, und dass diese Rechte im Sturm der Revolution preisgegeben wurden, hat in Bayern, wie man versichern kann, nachgewirkt.

Es war das Recht Bayerns, zu versuchen, die alten Rechte wiederherzustellen.

Die Reichsregierung hat auch dagegen niemals Front gemacht, sobald der Versuch auf verfassungsmäßigem Wege erfolgte. Was den Fall Löffel

anlangt, so bin ich aber doch der Ansicht, dass ein militärischer Befehl, der gegeben worden ist, auch durchgeführt werden muss. (Lebh. Just.) Inzwischen haben die Dinge in Bayern eine neue Entwicklung eingeschlagen. Es ist dort ein Zusammenschluss von Charakteren und Persönlichkeiten erfolgt, wie ihn wohl niemand für möglich gehalten hätte, und welches ist der politische Schluss, den man daraus ziehen muss? Es wird der Reichsregierung immer auffallen: Taten! Nun, dort in München waren die „Tatenmenschen“. Wie soll man sich über die Politik denken, wenn sie von solchen Tatenmenschen gemacht wird?

Was im Übrigen gegen die Persönlichkeiten des 9. November zu tun ist, das muss Sache des Reichsgerichts sein.

Im Zusammenhang mit den bayerischen Geschehnissen wandte sich der Kanzler auch gegen den Reichslandbund.

Die Art, wie manche Teile des Landbundes vorgehen, weise ich zurück. (Lebh. Just.) Man läuft von dieser Seite immer durchsichtigen, dass ein Vertrauensverhältnis

zwischen Landwirtschaft und Regierung für die Volksversorgung unerlässlich ist. Gewiss aber

ich bin der Ansicht, dass es unter allen Umständen Pflicht und Schuldigkeit der Landwirtschaft ist, für die Ernährung des deutschen Volkes zu sorgen.

Wenn der Landbund das abhängig macht von der Zusammensetzung der Regierung, dann gibt es damit den Beamten und Arbeitern ein böses Beispiel, dann kann dasselbe schließlich auch von links verlangt werden. Auf

die parlamentarische Lage

eingehend, erklärte der Kanzler, dass das gegenwärtige Kabinett gewiss die parlamentarische Mehrheit nicht habe. Es müsse sich die Mehrheit suchen, und wenn es die Mehrheit nicht finde, so werde die Frage erneut werden: Soll nur der Reichstag aufgelöst werden oder soll

das Direktorium

kommen, dass sich unter Ausschaltung der Parteien auf wirtschaftliche Verbände lässt? Vor diesem zweiten Wege wäre ich. Nicht aus persönlichen Gründen, da ich persönlich den Augenblick betrachten würde, der mich von der Amtsfläche befreit. Wenn ich aber im Amt bleibe und die bisjährige Politik weiter vertreten soll, dann kann ich es nur, wenn es mir in der eigenen Fraktion keine Schwierigkeiten gemacht werden. (Sturm. Well.) Eine Ablehnung der sozialen verfassungsmäßigen Regierungspolitik ist nicht nur innen, sondern auch außenpolitisch verhängnisvoll. Wir haben außenpolitisch viele Verhandlungen abgeschlossen müssen. Man wird uns ja auch

Rückkehr des Kronprinzen

vor und droht mit neuen Sanktionen. Ich halte es aber für besser, neuer französischer Brutalitäten ausgesetzt zu sein, als dem Vorwurf, dass der letzte Deutsche aus dem Weltkrieg noch im Auslande, fern von seiner Familie, weilen muss. (Sturm. Well.)

Men wird uns voraussichtlich die Forderung stellen, den Kronprinzen auszuliefern, und wir werden diese Forderung selbstverständlich ablehnen.

(Gewiss hämischer Beifall.) Aber trotzdem werden die bevorstehenden außenpolitischen Schwierigkeiten eine starke Belastung für uns bleiben und eine noch stärkere Belastung durch die Schaffung einer Toleranz und einer verfassungswidrigen Regierung wäre nicht zu tragen. Wir müssen uns vor die Frage stellen, ob wir Recht daran tun. Politisch selbst der Weg zu bereiten. Wir stehen in Verhandlungen über

ausländische Areditie.

Die Verhandlungen können nur zum Erfolg führen, wenn sich Deutschland von inneren Krisen freihält. Diese Forderung wird von allen ausländischen Finanzkreisen erhoben, weil sie der Ansicht sind, dass wir bei ruhiger weiterer Entwicklung eine Gefüllung unserer Wirtschaft möglich ist. Dafür zu sorgen, ist unsere Sache. Für die Mehrleistung und Mehrproduktion wird die Regierung die Voraussetzung schaffen. Die Regelung der Arbeitszeit wird ungefähr in dem Sinne erfolgen, wie sie durch das Arbeitszeitgesetz vorgesehen war. Sie haben schon der Kanzler unter dem kürzlichen Besuch seiner Buhörer, das Reich, ein Urteil darüber zu fällen, ob der Weg, den wir genommen haben, richtig war oder nicht. Sie können aber von dem Führer ihrer Partei nur verlangen, dass er das Opfer bringt, diesen Weg weiter zu gehen, wenn er seine eigene Partei hinter sich hat.

An die Ausführungen des Kanzlers schloss sich eine Aussprache, die sich über viele Stunden hinzog. Das Ergebnis der Aussprache findet seinen Ausdruck in folgender

Entschließung:

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei äußerte in Trautz und Stola der tapferen Volksgenossen an Rhein und Ruhr. An dieser Stelle ist mit der Reichsregierung darin einig, dass der staatsrechtliche Zusammenhang der besetzten Gebiete mit dem Reich und Ländern unverändert bleibt. Deutlich ist und deutlich soll es immerdar bleiben.

Der Zentralvorstand spricht dem Parteiführer Dr. Stresemann sein volles Vertrauen aus.

Er ist der Ansicht, dass schon mit Rücksicht auf die außenpolitischen Beziehungen jede Änderung in der Führung der politischen Geschäfte völlig angeknockt ist. Solange die Möglichkeit nicht besteht, eine größere Basis für das Kabinett zu finden, sieht er in der Zusammenstellung derzeit das Kabinett stützenden Parteien unter Führung Dr. Stresemanns die einzige parlamentarische Möglichkeit für eine geordnete politische Weiterarbeit. Dabei nimmt der Zentralvorstand von der Erklärung des Zentralvorstandsden Dr. Stola Kenntnis, dass kein Mitglied der Reichstagsfraktion gewillt ist, die Person des bewährten Kanzlers irgendwelchen Forderungen anderer Parteien zum Opfer zu bringen. Er erwartet von der Reichslandbund und ist von ihm überzeugt, dass sie ihren Führer in seiner Politik eiflos unterstützen wird.

Dieser Entschluss wurde mit einer Mehrheit von 208 gegen 11 Stimmen angenommen. Die Tagung selbst hatte sich über 12 Stunden erstreckt.